



## **Niederschrift**

52. Plenarsitzung Gemeinderat  
17. Juli 2018, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

33.

### **Punkt 33 der Tagesordnung: Solarmodule für städtische Gebäude prüfen - Vorbildliche Energiewirtschaft betreiben**

**Antrag: KULT**

**Vorlage: 2018/0340**

#### **Beschluss:**

Kenntnisnahme

#### **Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 33 zur Behandlung auf.

**Stadtrat Lancier (KULT):** Die KULT-Fraktion sieht die Stadt als überall präsenten Immobilieneigner und Servicekonzern für die Bürger und die Wirtschaft, und damit für vieles in der Verantwortung. Die meiste Verantwortung muss die Stadt, aus unserer Sicht, in Vorbildfunktion ausüben. Es geht nicht, dass Bürger und Unternehmen von opportunem Handeln zu überzeugen sind, wenn man es selbst unterlässt. So wurde zum Beispiel jüngst in Tübingen, vom dortigen Gemeinderat eine Vorschrift zur zwingenden Ausstattung jeden Neubaus mit Fotovoltaik auf den Weg gebracht. Da wären Ausflüchte, bei mangelnder eigener Erfahrung, auch schwer zu kontern. Eine Situation, die wir eigentlich nicht haben wollen. Die Klimadiskussion um Abgase, Kohlendioxid, Feinstaub und Hitzestress - Entschuldigung für das Wortspiel – kann niemanden kalt lassen. Hier muss die Stadt gerade bei konservativen Antragstellern oft fast unmögliche Überzeugungsarbeit leisten, wenn diese dann dazu gebracht werden sollen, ihnen unbekannte Techniken einzusetzen. Dies kann durchaus über die Solargewinnung, Warmwasser- oder Abwasserrückgewinnung oder Brauchwasseraufbereitung oder dergleichen beinhalten und es ist von der Stadt aus kaum eine Überzeugung rüberzubringen, wenn man sich selbst nicht damit auskennt oder ein entsprechendes Beispiel vorleben kann. Wenn also neue Entwicklungen Möglichkeiten eröffnen, die bislang wegen Vorschriften, zum Beispiel des Denkmalschutzes, verschlossen

waren, sehen wir durchaus Anlass für die Stadt, solche Möglichkeiten frühzeitig und beispielhaft selbst zu nutzen. Auch bei gegebenenfalls zweifelhafter oder geringer Wirtschaftlichkeit wollen wir erreichen, dass die Stadt die Möglichkeit hat, auf eigene Projekte zu verweisen und damit zur Nachahmung zu ermuntern. Auch wenn die Konzentration bei wirtschaftlich tragbaren Anlagentypen bleiben muss. Die Verpflichtung zur Aufnahme solcher Techniken bei Angebotseinholung von Projekten im Altbestand steht dem doch überhaupt nicht entgegen. Daher verweisen wir insbesondere auf den Begriff des Vorbilds in unserem Antrag.

**Stadtrat Maier (CDU):** Ja, die Stadt sollte Vorbild sein, aber wir sollten nicht immer und überall Vorreiter sein, das können und sollten wir uns nicht in jedem Fall leisten. Deshalb begrüßt die CDU die realistische Antwort der Verwaltung, wenn die Produktreife und Anbietervielfalt irgendwann gegeben ist, dann sprechen wir sicherlich hier, oder in den entsprechenden Ausschüssen darüber. Jetzt ist es uns mit der Stadt gemeinsam genug, uns auf große und wirtschaftlich realistische Solarprojekte zu fokussieren.

**Stadtrat Dr. Fechner (SPD):** Die Klimaziele zu erreichen ist sicherlich ein gutes Ziel, dem wir uns alle verschrieben haben. Aber auch hier gilt, dass man mit Ressourcen verantwortlich umgeht, das gilt gleichermaßen für ökologische und personelle Ressourcen. Wir verstehen die Antwort der Verwaltung auch so, dass das Thema im Blick ist, aber dass man es letztendlich auch nur da umsetzt, wo es auch wirtschaftlich Sinn macht. Man kann sicherlich über Pilotprojekte diskutieren, wobei wir hier eher die Verantwortlichkeit beim Land sehen. Sie sehen heute auch in der Badischen Neusten Nachrichten die Stellungnahme des Rechnungshofs. Letztendlich wird man die technische Entwicklung abwarten müssen, dass wir uns den Klimazielen verpflichtet fühlen, das haben wir an anderer Stelle schon mehrfach erwähnt, so ist es, und entsprechend werden wir das weitere Handeln der Verwaltung abwarten.

**Stadträtin Mayer (GRÜNE):** Im Wesentlichen können wir uns auch der Antwort der Verwaltung anschließen. Es ist klar, unser Fokus sollte darauf liegen, dass wir möglichst wirtschaftliche Projekte durchsetzen, denn nur so kann Klimaschutz auch für solche Projekte Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen. Die Möglichkeiten, die durch diese neuen Gestaltungsmöglichkeiten gegeben werden, finden wir sehr wohl interessant. Wenn beispielsweise von der Stadt Karlsruhe ein denkmalgeschütztes Gebäude umgebaut wird, können wir uns sehr gut vorstellen, wenn es konzeptionell reinpasst, auch mal vielleicht solche Solarmodulbausteine zu verwenden, um den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, wie man so etwas gestalterisch umsetzen kann. Wenn beispielsweise Leute aus der Bevölkerung für denkmalgeschützte Gebäude Anträge stellen, dann ist es vielleicht auch ganz sinnvoll darauf zu verweisen, dass es diese neueren Möglichkeiten gibt. Im Rahmen von einer Veranstaltung im Gemeinderat kam auch mal auf, dass gerade in Durlach es sehr oft nicht möglich ist, Solaranlagen auf Hausdächern zu platzieren, weil dann der Blick auf den Turmberg da irgendwie beeinträchtigt werden würde. Da wären es sicher ganz tolle Lösungen, weil viele Leute in Durlach auch sehr gerne eine Solaranlage hätten, aber nicht immer dürfen. Abschließend ist zu sagen, die Stadt könnte im Bereich Fotovoltaik noch sehr viel machen, das wissen wir, und im nächsten AUG haben wie auch noch mal den Klimaschutzfond, wo darauf hingewiesen wird, dass sich mehr Geld mit Sicherheit auch lohnen würde.

**Stadtrat Höyem (FDP):** Energiewirtschaft entwickelt sich nahezu exponentiell, Solarziegel sind bestimmt in verschiedenen konkreten Situationen eine Möglichkeit, aber die Antwort der

Verwaltung ist sehr überzeugend. Die Zeit für so ein bisschen romantische oder ideologische Energiepolitik ist vorbei. Richtige Fortschritte müssen wirtschaftlich sein. Wir kommen in unserer Energiepolitik nur weiter, wenn Ökologie und Ökonomie im Zusammenhang betrachtet werden. Letzten Donnerstag haben wir hier in diesem Saal den Finanzminister aus Uganda gehabt, er hat sich in das Goldene Buch eingeschrieben, und er hat einen sehr klugen Satz gesagt: „Help is not sustainable, trade is sustainable.“ Hilfe ist nicht nachhaltig, Handel ist nachhaltig. Das gilt auch für die Energiewirtschaft.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Frau Mayer, mehr Geld für Klimaschutz lohnt sich leider nicht. Deswegen ist es auch nicht vorbildlich, noch mehr Solaranlagen auf die Dächer zu setzen, denn nachts scheint keine Sonne, und dann brauchen wir doch wieder die Kohlekraftwerke, wenn wir nicht gerade Wind haben. Wir haben die letzte Woche übrigens so gut wie keinen Wind gehabt, wir haben fast den vollen Bedarf nachts aus konventionellen Kraftwerken, Kernenergie und Kohle decken müssen, denn weder Sonne und Wind sind immer verfügbar. Speicher bauen wir keine, weil die zu teuer sind, also werden wir die konventionellen Anlagen weiterhin brauchen. Deswegen ist es völlig egal, ob wir hier jetzt Solaranlagen installieren oder nicht, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß werden wir damit in Deutschland so gut wie nicht beeinflussen. Allerdings werden wir von den Bürgern dieser Stadt oder von den Stromkunden mehr Geld verlangen, weil es irgendjemand bezahlen muss. Deswegen sind wir schon immer dagegen, dass eine Stadt, ein Land oder der Bund solche Investitionen tätigt, weil die Bürger sie bezahlen müssen. Sie wissen vielleicht, dass mit dem Pariser Klimaschutzabkommen es viele Länder freigestellt bekommen haben, wann sie ihre CO<sub>2</sub>-Einsparungen beginnen wollen. China hat zum Beispiel vertraglich zugesichert bekommen, dass es die nächsten Jahre, fast ein Jahrzehnt, seine CO<sub>2</sub>-Produktion noch erhöhen darf, und das machen die auch, und deswegen ist auch der Kohlepreis deutlich gestiegen. Was glauben Sie, was der Rest der Welt bei der momentanen Zubaurate an Kohlekraftwerken braucht, um unserem Ausstoß, den wir für die Elektrizitätserzeugung brauchen, gleich zu ziehen, um den noch mal zu ersetzen. Wie lange braucht der Rest der Welt um unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß noch dazu zu bauen? Ich sage es Ihnen, es sind 53 Tage. Wenn wir heute alle Kohlekraftwerke abschalten würden, hätte der Rest der Welt in 53 Tagen dafür gesorgt, dass wir wieder auf demselben Produktionsniveau sind, und wenn man sich das vor Augen hält, dann merkt man, was wir hier für einen Wahnsinn treiben. Wir schauen nur auf unnötige Dinge, nur damit wir hinterher ein besseres Gewissen haben. In Wirklichkeit ändert es aber an der globalen CO<sub>2</sub>-Produktion nichts, denn die geht nach oben.

**Der Vorsitzende:** Vielleicht brauchen wir deswegen eine internationale Verantwortung. Wir haben keine weitere Wortmeldung mehr, und können damit abschließen.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin: